



Nachrichten

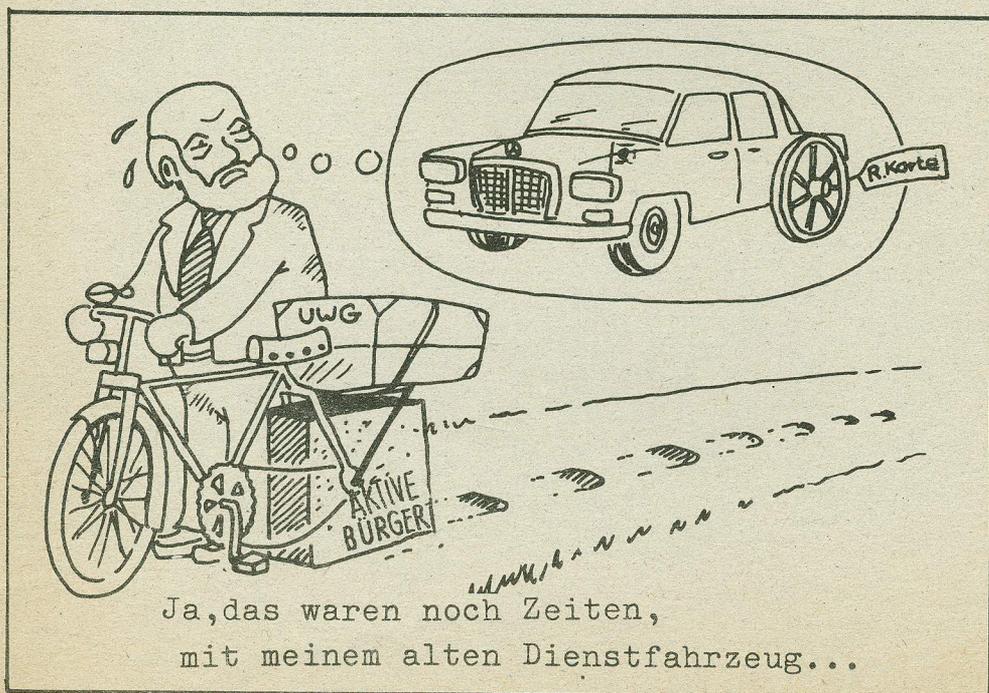
Unabhängige Wählergemeinschaft Georgsmarienhütte

Nr.7

Juli 1984

4. Jahrgang

Inhalt:	Seite	Seite
Auf dem Tiefpunkt	2	Bauvorhaben Steinbruch 9
Frauen aktiv	4	Landvolkgespräche 10
Haushalt '84	5	A33 - Holsten-Mündrup 10
Stahlgewitter abgezogen?	6	Radwege 11
Straßenausbaubeiträge	8	Verkehrsberuhigung 11
Dauerkleingartenanlage	8	Bürgernähe 12
Klöcknerhäuser	8	Wußten Sie schon, daß 12



Auf dem Tiefpunkt:

Verhältnis UWG zur CDU-Spitze

Wiederholte Nichtbehandlung von Anträgen, "Übersehen" von Wortmeldungen, Nichtbehandlung sachlicher Vorschläge, persönliche Beschimpfungen bis auf das Unflätigste (auf Kostproben sei hier verzichtet): Alles das sind politische Umgangsformen, die man unter Demokraten eigentlich nicht vermutet hätte.

Trotzdem: Dieses und Ähnliches hatten sich die UWG-Ratsmitglieder in letzter Zeit von der Ratsspitze der Gmhütter CDU bieten zu lassen. Dabei hatten wir uns in unseren ersten 2 Ratsjahren immer wieder bemüht, bei allen sachlichen Unterschieden zu einem erträglichen Verhältnis mit der CDU zu kommen. So gestaltete sich unser Verhältnis zur "2.Reihe" der CDU-Fraktion dann auch im großen und ganzen gut - ganz im Gegenteil zur CDU-Spitze.

WIEDERHOLTER WORTBRUCH...

Zu Beginn der Wahlperiode hatte die CDU der UWG versprochen, an allen kommunalen Gesprächen und Informationen beteiligt zu werden. Als Gegenleistung hatte die UWG einer von CDU und SPD gewünschten anderen Besetzung der stellvertretenden Ausschußvorsitzende zugestimmt (dazu war ein einstimmiger Ratsbeschluß erforderlich). Die Zusage der CDU wurde im Verwaltungsausschuß (VA) am 20.1.82 schriftlich festgehalten und im Rat am 30.3.82 öffentlich bekräftigt.

Wir hätten den Vertrag vor einem Notar abschließen sollen! In unserer Unbefangenheit vertrauten wir auf das gegebene Versprechen von "Ehrenmännern". Die CDU aber brach ihr Wort immer wieder. Es gab sogar regelrechte Aussperrungsbeschlüsse ausgehend z.B. vom CDU-Fraktionsvorsitzenden Tegeler: Dieser setzte sogar durch, daß die UWG nicht an einem Gespräch in einer Sache teilnehmen durfte, die wir selbst angeleiert hatten (Radweg an der B 68).

STADTVERWALTUNG HAT ANGST...

Sogar in der Stadtverwaltung beteiligte man sich an diesem Spiel und verstieß immer wieder gegen den VA-Beschluß. In mehreren Gesprächen wurde deutlich, daß dies geschah aus Angst vor der Ratsspitze der CDU..

MAJESTÄT WÜNSCHEN KEINE KRITIK ...

Selbst als Bürgermeister Siepelmeyer in der letzten Ratssitzung die UWG gleich dreimal mit deutlichem Ziel geschäftsordnungswidrig behandelte und wir den Stadtdirektor aufforderten, dazu Stellung zu beziehen, wich dieser aus - wo die Verwaltung die Paragraphen doch sonst so genau kennt...
ÜBER FILZ KEINE AUSKUNFT...

Es hat den Anschein, daß Ludwig Siepelmeyer die wiederholten Benachteiligungen der UWG mit Absicht herbeigeführt hat, nachdem wir auf seine geschäftliche Verfilzung in die Bebauungspläne "Teckelhagen" und "Am Mül-

lersfeld" (Frederiks Hof) hingewiesen hatten. Wir meinen, daß wir uns bei dieser für ihn prekären Angelegenheit trotzdem sehr um Sachlichkeit bemüht haben. Er aber sprach von persönlichen Angriffen und meinte deswegen die Dinge unaufgeklärt lassen zu können.

Eine Anfrage zum Ausgang seines Verfahrens wegen Massen- und Auswärtsbeurkundungen, die mehrmals wiederholt werden mußte, ließ er unbeantwortet, obwohl er eine Auskunft zugesagt hatte. Aus seinen Reaktionen, die bisweilen tief unter die Gürtellinie gingen, konnte man schließen, daß bei ihm der Nerv getroffen war, wenn seine geschäftlichen Interessen in Zusammenhang mit der städtischen Baupolitik angesprochen wurden.

Wohlgemerkt: Wir haben nicht in erster Linie die Erwartung geschäftlicher Vorteile kritisiert, sondern daß er in den Ratsentscheidungsprozeß eingriff.

Die UWG-Mitglieder waren übrigens nicht die einzigen, denen gegenüber er total aus der Rolle fiel, wenn sie sich seinen Interessen entgegenstellten: Das mußten auch Mitglieder der CDU-Fraktion selbst am eigenen Leib erfahren.

CDU VERMEIDET GESPRÄCHE...

Die CDU widerlegte also nicht die Kritik der UWG an der Amtsführung ihres Bürgermeisters, sondern als Konsequenz ließ sich CDU-Ratsherr Warner mit folgender Botschaft seiner Fraktion vorschicken: Die CDU geht auf

äußerste Distanz zur UWG und wird auch auf sachliche Beiträge der UWG nicht mehr reagieren.

"Die UWG kann davon ausgehen, daß sie bei der CDU künftig vor eine Wand spricht"...

WIE DER TEUFEL DAS WEIHWASSER

Und so kam es auch: Fortan wurden die Beiträge der UWG von der CDU-Spitze kaum noch beachtet. Einige mieden sogar das Wort "UWG" und alles, was damit zusammenhing, wie der Teufel das Weihwasser. Daß es dadurch zu manchen Kuriositäten kam und die CDU einige Dinge nachbehandeln mußte, auf die die UWG schon früher hingewiesen hatte, auf die man ja aber nicht reagieren wollte, störte anscheinend nicht.

EIN JAHR GEDULD ...

Daß wir von den verschiedenen Informationsgesprächen ausgeschlossen wurden, haben wir uns nun ein Jahr gefallen lassen. Wir verzichteten zunächst darauf, die Sache an die Öffentlichkeit zu bringen, weil wir die Hoffnung auf eine gütliche Einigung nicht aufgeben wollten. Wiederholte Gesprächsversuche aber blieben mit Ausnahme eines Einzelgesprächs mit dem CDU-Ratskollegen Schmigelski vergeblich.

WIR GEHEN AN DIE ÖFFENTLICHKEIT...

Wir sind es leid, weiterhin vergeblich Termine von der CDU-Spitze zu erbetteln. Wir haben uns deswegen schriftlich an alle Ratsmit-

glieder gewandt, haben auf den wiederholten Wortbruch und die sonstigen unhaltbaren Zustände hingewiesen und deutlich gemacht, daß wir dem Bürgermeister eine unparteiische Amtsführung nicht mehr zutrauen, haben uns aber ausdrücklich für die (fast) reibungslose Zusammenarbeit mit dem größeren Teil der CDU-Fraktion bedankt.

Zusammenfassend: Der Stil, den uns die Rätsspitze der CDU im ersten Teil der Wahlperiode vorexerziert hat, hatte mit Demokratie wenig

FRAUEN AKTIV

Es ist (fast immer) eine Freude, als Vertreterin der Stadt zu Seniorengedächtnisfesten zu gehen. Das Präsent auch wenn es im Laufe der Zeit bescheidener geworden ist - löst Dankbarkeit und Freude aus, die alten Leute erzählen gern aus der Vergangenheit. Interessantes aus dem Leben in den ehemaligen Gemeinden, aus guten und schweren Tagen.

Hier möchte ich jetzt von einer Frau berichten, der ich im Mai d.J. gratulieren durfte, als sie 80 J. alt wurde. Frau Steffen hat fast 40 Jahre als Hebamme in Gmhütte und Umgebung gearbeitet, vielen Leuten ist die bekannt aus dieser Zeit. Auch ich hatte sie noch in Erinnerung aus Begegnungen in der Nachbarschaft, wo sie in der Kriegs- und Nachkriegszeit "Neubürgern" zum Leben verhalf. Bei jeder Tages- und Nachtzeit schnurrte sie mit ihrem kleinen

zu tun, geschweige denn mit einer christlichen Umgangsweise. Trotzdem: Wir sind zu einem Neuanfang bereit. Ob aber die Mehrheit in der CDU die Kraft findet, ihrem Bürgermeister die "Landvogt-Allüren" auszutreiben? Zu hoffen ist es, wir haben aber jetzt lange genug gewartet. Weitere Unregelmäßigkeiten und Ausfalligkeiten im Rat werden wir in Zukunft an dieser Stelle bekanntmachen.

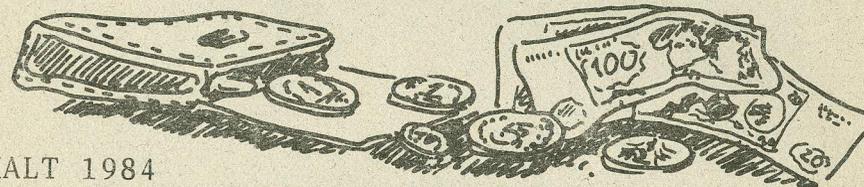
Heinrich Bartelt

Motorrad durch die Gegend. Wie oft sie aber in der "schlechten Zeit" in Not geriet, wenn der Treibstoff nicht reichte, sie in Bombennächten bei werdenden Müttern aushalten mußte, wie sie in so einer Nacht im Winter, bei Glatteis, zu Fuß mit ihrem Mann nach Osna-brück zur Sutthausener Straße ging, um einer Frau beizustehen, Kindern von Zwangsarbeiterinnen im Lager Ohrbeck zum Leben verhalf und noch versuchte, manchen Müttern materiell zu helfen - eine Kette von Erinnerungen. Sie arbeitete auch im Krankenhaus, wo mancher Hütteraner das Licht der Welt erblickte. Dort hatte ich vor 40 Jahren meine erste Begegnung mit Frau Steffen. Sie kam in das Wartezimmer des Arztes, wo ich mit vielen anderen Patienten wartete. "Ist jemand hier, der katholisch ist?" fragte sie. Das war zu der Zeit eine seltene Frage,

da Religion und Kirche nicht hoch in Kurs standen. Ich meldete mich zögernd, und sie bat mich raus. Die Situation wurde mir erklärt. Auf der Wöcherinnenstation lag eine junge Mutter aus dem Ruhrgebiet; damals wurden solche Frauen in "ruhigere Gebiete" evakuiert, um ihr Kind zur Welt zu bringen. Nun war die Taufe ihres Sohnes angesetzt, mit noch zwei oder drei anderen Babys, und der Taufpate war durch Alarm und Zugverspätungen aufgehalten, er war nicht zur Stelle. Die Mutter weinte, das Kind schrie; sie wurde getröstet und mir wurde das Bündel auf den Arm gepackt, und ab ging es in Richtung Kirche. Ich war zu verdattert, um mich gegen das Ehrenamt zu wehren, ungewöhnliche Zeiten erfordern eben ungewöhnliche Maßnahmen. Die Truppe,

mit Frau Steffen an der Spitze, war schon am Casino vorbei, da kam im Dauerlauf ein Mann die Straße entlang. Es war tatsächlich der erwartete Taufpate, der mir das inzwischen friedliche Kind abnahm. Ich ging ziemlich erleichtert zum Krankenhaus zurück. -Einige Jahre später trug ich dann mein erstes Patenkind zur Taufe, ebenfalls in Begleitung von Frau Steffen. Hätte Frau Steffen in ihren arbeitsreichen Jahren die Zeit gehabt, alle besonderen Ereignisse aufzuschreiben, so wäre das sicher ein spannendes Buch geworden. -Wir wünschen ihr noch weitere gesunde, gute Jahre an der Seite ihres Mannes, der ihr immer tatkräftig in den Schwierigkeiten ihres Berufes zur Seite stand.

Angela Niemeyer



HAUSHALT 1984

Gegenüber dem von CDU und SPD verabschiedeten Haushalt hatte die UWG Minderausgaben von 2 Mio. DM und Alternativinvestitionen von 0.8 Mio. DM vorgeschlagen, die aber nicht akzeptiert wurde. Die Verschuldung unserer Stadt hätte dadurch um 1.2 Mio. DM verringert werden können. Wir sprachen uns für die Anhebung der Schmutzwasserkanalbenutzungsgebühr aus, da hierdurch die Erweiterung

der Kläranlage finanziert wird, aber gegen die Neueinführung des Regenkanalbenutzungsentgeltes. Besonders wenig paßte es in die derzeitige arbeitsmarktpolitische Landschaft, daß die Stellen der beiden stellv. Stadtdirektoren erneut angehoben wurden. Die Kosten dafür werden im nächsten Jahr knapp die Hälfte dessen ausmachen, der an Erhöhung für alle 370 städtischen Mitarbeiter vorgesehen ist.

STAHLGEWITTER ABGEZOGEN -
EINIGE DUNKLE WÖLKCHEN
VERBLIEBEN

In unserer vorletzten Ausgabe berichteten wir über das Gewitter am Stahlhimmel und in der letzten von Klöckners Rückkehr in das europäische Stahlkartell. Durch das Versprechen, sich künftig wieder an das Quotierungssystem zu halten, öffnet sich für die Firma in der 2. Jahreshälfte der staatliche Geldhahn u.a. auch für die in Gmhütte geplante Stranggußanlage. Der Standort Gmhütte darf also für die nächsten Jahre als gesichert angesehen werden mit knapp 1900 Beschäftigten.

Insofern haben also die von allen Fraktionen unseres Rates getragenen Bemühungen zum Erhalt der Hütte Früchte getragen.

Nun wird es Zeit, daß verstärkte Maßnahmen gegen die Umweltbelastungen eingeleitet werden. Obwohl Vertreter der Firma Klöckner im Sommer 1981 versprochen hatten, in einem Jahr werde man die Probleme im Griff haben, hatte die UWG dies Thema bisher öffentlich nicht angeschnitten. Dies vor allem, um eine Zuspitzung der Diskussion in der Existenzkrise des vergangenen Jahres zu vermeiden.

Nun hat es aber den Anschein, daß die Emissionen mit Beginn dieses Jahres noch zugenommen haben. Seit Anfang des Jahres lag der Stadt auch ein Schreiben der Firma vor

mit einer Einladung zum Besuch des Umweltausschusses bei Klöckner vor. Der Stadtdirektor enthielt dem Rat dieses Schreiben vor.

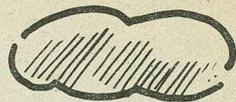
Erst als die Firma über Ratsmitglieder nachhakte, bequeme sich der Herr Stadtdirektor, die Sache weiterzugeben. Der Besuch konnte also erst mit mehreren Monaten Verspätung stattfinden!?

In einem anschließenden Gespräch mit einem UWG-Mitglied erläuterten Klöckner-Vertreter noch einmal, wo derzeit Schwierigkeiten bestehen:

Von 4 Stellen gehen Umweltbeeinträchtigungen aus:

1. Aus dem Schlot der KS-Anlage
2. Aus der KS-Werkshalle
3. Aus der Vorwärmanlage
4. Aus dem Überlauf des Kühlsystems

Die im Schmelzprozeß vergaste Kohle (CO+H₂) wird aufgefangen und zur späteren Befeuerung genutzt. Die sonstigen Abgase werden in einem Elektrofilter gereinigt, bevor sie durch den Schlot entweichen. Dieser Filter hat im 1. Jahr befriedigend gearbeitet, erfüllt aber seither seine Funktion nur unbefriedigend. Die besonders auffälligen, aus dem KS-Gebäude dringenden braunroten Qualmwolken bestehen insbesondere aus weniger gefährlichen Eisenoxidstäuben, die aus dem Ofenbehälter in die Werks-



EISENOXYD-
STAUB

FARBRESTE
ÖLRESTE

GUMMIREIFEN

KUNSTSTOFFE

halle dringen und derzeit von der defekten Hallenentstaubungsanlage nicht aufgenommen werden. Diese Anlage wird bis zum Herbst mit neuen strapazierfähigeren Filtertüchern ausgestattet (für 1 Mio. DM).

Die bisher schon mehrfach ausgewechselten Tücher scheiterten immer an den zu hohen Temperaturen. Fraglich ist auch, ob die Entstaubung insgesamt groß genug ist. Sollte sie das nicht sein, besteht eine Vergrößerungsmöglichkeit um 50% auf 900.000 m³/Std. Absaugvermögen.

Die im Elektrofilter und durch die Tücher zurückgehaltenen Schadstoffe werden immer wieder in die Schmelze zurückgeführt. Die zurückbleibende Schlacke wird als Unterbau insbesondere im Waldwegebau eingesetzt.

Völlig ohne Umweltschutzeinrichtungen wird die neue Vorwärmanlage betrieben. Hierin wird der Schrott auf einige hundert Grad erhitzt, wobei Farb-, Öl-, Gummi-, Textil-, Reifen- und andere Kunststoffreste verglühen. Über dem Kamim dieser Anlage sind bläuliche Abgase zu beobachten. Besonders hierüber ist in letzter Zeit in der Bevölkerung Klage geführt worden.

Wie auch in den letzten beiden Anlageteilen werden hier die zulässigen Emissions-

werte erheblich überschritten. Nach der Inbetriebnahme der Anlage ist der erste Endabnahmeversuch durch die Bezirksregierung deswegen auch gescheitert. Ein weiterer Genehmigungsversuch soll nach der Umrüstung im kommenden Herbst gestartet werden.

Ohne Überschreitung der Grenzwerte funktioniert nach Angaben der Firma der Überlauf des Kühlsystems in die Düte. Das - an sich - im Kreislauf fließende Kühlwasser wird zur Reinigung und Kühlung der Prozeßabgase verwandt.

Fazit: Der größte Arbeitgeber ist - vielleicht naturgemäß - auch der größte Umweltverschmutzer unserer Stadt. Etwa ein Fünftel der Investitionen (20 Mio. DM) gingen bisher allerdings schon in Emissionsschutzmaßnahmen. Nach Angaben der Firma wurde die Gesamtbelastung der Umwelt durch das Werk seit 1979 gewichtsmäßig um über 60% gesenkt.

Man scheint mit sehr viel Aufwand daran zu arbeiten, daß auch die letzten dunklen Abgaswolken künftig im Werk zurückgehalten werden. Nur: Wenn Klöckner schon bereit ist, die Gmhütter Bürger über die Emissionsprobleme und Maßnahmen dagegen zu informieren, dann sollten auch die Spitzen unserer Stadt mitziehen!

STRAßENAUSBAUBEITRÄGE

Nach dem Willen von CDU und SPD sollen die Bürger künftig Beiträge zu Ausbau und Renovierung ihrer Straßen leisten. Die CDU will auch Verkehrsbehebungsmaßnahmen über diese neue Satzung abrechnen. Wegen verschiedener Einsprüche und der Tatsache, daß diese Satzung derzeit in vielen Kommunen gerichtlich angefochten wird, ist die Verabschiedung der Satzung zunächst in den Herbst verschoben worden. Wie die Beiträge in Gmhütte nach dem Gleichbehandlungsgrundsatz überhaupt noch rechtmäßig erhoben werden können, nachdem der Rat in nichtöffentlichen Sitzungen für die Hindenburg-, von Galen- und die Brückenstraße einen Beitragsverzicht ausgesprochen hat, erscheint fraglich.

WELCHE STRAßEN WERDEN BALD AUSGEBAUT?

Nach dem Beschluß des Bauausschusses dürften bald folgende Straßen dran sein: Asphaltbeläge im Holzhauser Hof, Verkehrsberuhigter Ausbau des Frommeyerweges, Zufahrt zu den Reihenhäusern am Haseldehnen, Rad/Fußweg an der Schulstraße, Asphaltbelag dem Verbindungsweg zwischen Hermann-Löns-Str. und Kruseweg, Endausbau der Kreuzstraße mit Bürgersteig, Radweg B 68 zwischen Niemann und Schowwe und im Herbst das Brückenbauwerk L 95/Haugener Str..

DAUERKLEINGARTENANLAGE

Mit den Kleingärten scheint es wieder Schwierigkeiten zu geben. Ohnehin können auf dem kleinen städtischen Gelände am Wiesenbach nur weniger als die Hälfte der Bewerber einen Gartenplatz bekommen. Wegen anderer Pläne mit diesem Grundstück ist aber gegenwärtig völlig unklar, ob die Gärten dort realisiert werden können.



WAS WIRD MIT DEN 4 KLOCKNERHAUSERN?

Bei der gegenwärtigen Änderung des B-planes "Alte Kolonie" bestünde die Möglichkeit, das "A"-Abrisß für die 4 Klockner-Häuser (vor dem Krankenhaus) zu streichen, und damit ihren Erhalt zu sichern. Es wäre dann sogar eine Sanierung mit 2/3 Zuschuß von Bund und Land möglich. Da CDU und SPD die Chance zum Erhalt dieser tradit. onreichen Gebäude nicht nutzen, hat die UWG der B-plan-Änderung zuletzt nicht mehr zugestimmt.

Impressum:

UWG Nachrichten
Informationsblatt der Unabhängigen Wählergemeinschaft Georgsmarienhütte

Anschrift der Redaktion:

Jürgen Heinze
Am Wiesenbach 14
4504 Georgsmarienhütte

Auflage: 9.000

"SCHEIßEGAL, OB DA EINIGE KAPUTTGEHEN

Sehr interessant, kontrollvers und abwechslungsreich verlief eine Veranstaltung, die die UWG für Alt-Gmhütter Bürger im Kolpinghaus durchführte. Sehr überrascht waren die UWG-Mitglieder darüber, daß sich niemand von den anwesenden 35 Personen für das geplante Geschäftszentrum an der Kreuzung Hindenburgstr./Haseldehnen aussprach - außer die beiden auch erschienenen CDU-Ratsherren Frische und Elixmann.

Mehrere alteingesessene Bürger waren sogar der Meinung, für den gesamten Bereich des südwestlichen Alt-Gmhütte wäre so ein Supermarkt völlig überflüssig, weil hier ausreichend Angebot vorhanden sei. Durch das neue Zentrum würden auch die Arbeitsplätze in den kleinen und mittleren Betrieben kaputtgemacht.

Weitere Geschäfte seien höchstens im Gebiet der Alten Kolonie/Brunnenstraße wünschenswert. Vertreter der Schulelternräte bemängelten die Verkehrlichen Konsequenzen bei einer Änderung der Vorfahrt zugunsten des Haseldehnen. Viel gefährlicher noch würde die Situation durch die etwa 1000 zusätzlichen KFZ an Kundenverkehr für den Markt. Schon heute sei es für Schulkinder und Anlieger schwierig genug, ohne verkehrliche Absicherung die Kreuzung Fußläufig zu überwinden. Der Schulelternrat der Gemeinschaftsschule hat den

Rat mittlerweile schriftlich aufgefodert, die alte Vorfahrt zu belassen und Fußgängerampeln sowie Zebrastreifen für die gesamte Kreuzung einzurichten. Überdies sind bei der Stadt überraschend viele Einsprüche eingegangen: Vom Kreis, der IHK, der Polizei, den Gewerbetreibenden, einer neuen Interessengemeinschaft der Anlieger und verschiedenen Schulelternräten.

Die verschiedenen Einsprüche werden zumindest dazu führen, daß der Plan noch einmal neu ausgelegt wird (Mit erneuter 4wöchiger Einspruchsfrist). Die UWG hofft, daß dies nicht in den Ferien sein wird. Weiterhin sollte der Anregung von Bürgern gefolgt werden, daß von der Stadt Alt-Gmhütte eine Bürgerversammlung veranstaltet wird.

Mit sehr fragwürdigen Methoden versuchen die künftigen Erwerber (die Fa. Dütmann scheint übrigens nicht mehr so interessiert zu sein) Alt-Gmhütter Geschäftsleute unter Druck zu setzen: Wenn jemand seinen Betrieb verläßt in das neue Zentrum verlagern/erweitern wolle, dann werde ihm eben Konkurrenz vor die Nase gesetzt.

Eine kleinere Versammlung der gesamten CDU-Führungsspitze fand zwischenzeitlich bei einem der Hauptgegner des Geschäftszentrums statt. Da sich der Gegner als sehr standfest erwies, soll ein ausgesprochen harter Ton angesprochen worden sein. So habe Bürgermeister Siepelmeyer geäußert, es sei ihm "scheißegal, ob da drumherum zu einige bei kaputtgehen"...

GESPRÄCH MIT DEM LANDVOLK

Ein sehr aufschlußreiches Gespräch fand jüngst zwischen den Landvolkvorständen von Kloster Oesede/Oesede/Malbergen und UWG/Fraktion/Vorstand statt. Von bäuerlicher Seite wurde klar gesagt, künftig bestehe in Gmhütte weniger Baulandbedarf, die Zeit der großen städtebaulichen Erweiterungen im Dütetal sei vorbei. Bei großzügiger Auslegung der Regenrückhaltebecken bauche die Düte vermutlich auch nicht ausgebaut werden. Ferner wurden Fragen des Natur- und Denkmalschutzes angesprochen.

A 33 ZERSTÖRT HOLSTEN MÜNDRUP

Schlimm sieht es derzeit auf der A 33-Baustelle in Holsten Mündrup aus. Über 5 Hektar Boden wurden abgeschoben, ohne Rücksicht auf das aufstehende Getreide.

VERLEGUNG VON GALEN STRAßE: NATURZERSTÖRUNG UND GELD- VERSCHWENDUNG

Nun soll doch noch in diesem Jahr mit der Verlegung der von Galen Straße zwischen Dütebrücke und Baller begonnen werden! Zu den 1,8 Mio DM hat die Stadt 720.000 DM hinzuzusteuern. Die Alternative der UWG, auf der alten Trasse zu bleiben und daran entlang den Radweg zu legen (Kostenpunkt insg.: 330.000 DM - gespart: 1,4 Mio.DM) erlaubte es aus der Sicht von CDU/SPD offenbar nicht, die Straße später südlich von Malbergen weiterzulegen. Ein Hektar Land wird sinnlos zerstört.

Solch einen Frevel hätte man früher den christlichen Demokraten nicht zugetraut. Es hatte damals nicht viel gefehlt und diese überflüssige Autobahn wäre verhindert worden. Holsten Mündruper, habt ihr es so gewollt?

RADWEGE

Als Erfolg durfte es gelten, daß die Harderberger Bürger an der Osnabrücker Straße vom Rat die Zusage zum Ausbau des Radweges an der Brückenstraße für 1984 erhielten. Doch im Frühjahr hieß es im Bauauschuß auf einmal, daß das Geld höchstens für den Grunderwerb reiche.

Erst nach mehreren Hinweisen der UWG und dann auch anderer Ratsmitglieder wurde dann erneut beschlossen, daß die Verwaltung ein Konzept vorlegen solle, wie mit den veranschlagten 70.000 DM der Radwegbau noch in diesem Jahr zu realisieren sei.

Übrigens: Ein Antrag der UWG, durch frühere Aufstellung des Ortsschildes hier eine Senkung der Geschwindigkeit auf 50 km/h zu erreichen, wurde von der "Verkehrsschau" (in der vom Rat nur CDU und SPD vertreten sind) abgelehnt.

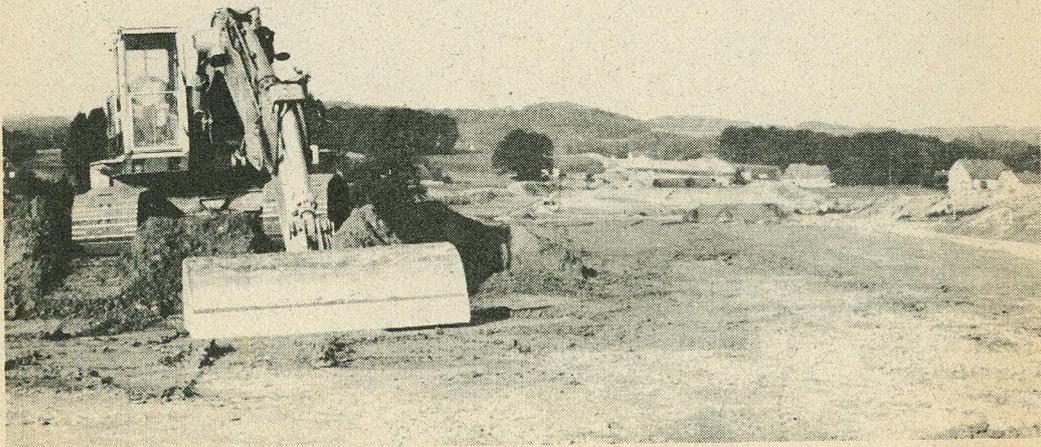
Als Sicherung insbesondere für Holsten-Münderper Fußgänger und Radfahrer sehen wir es, wenn nun im Sommer der von uns seit langem geforderte Rad/Fußweg von Niemann bis Schowwe entlang der B 68 (südlich der Leitplanken) gebaut wird. Noch immer aber fehlt eine genügende Absicherung für den Abbiegeverkehr in die Holster Straße.

Ein neuer Gefahrenpunkt ist an der neuen Auffahrt zur A 33 bei Buddenkotte entstanden. Diese Stelle kann von Radfahrern in Richtung Kloster Oesede nur unter Lebensgefahr befahren werden. Abhilfe könnte schon geschaffen werden durch eine andere Aufteilung des Straßenraumes mit weißen Linien. Der Kreis hat die Gemeinden schon mehrfach aufgefordert, verstärkte Anstrengungen für die Vervollständigung des kommunalen Radwegenetzes zu unternehmen. Warum legt die Verwaltung dem Bauauschuß dieses Anliegen nicht vor?

VERKEHRSBERUHINGUNG STARTKLAR

Endlich, endlich nimmt die Verkehrsberuhigung Kiewittsheide Formen an: Der Bauauschuß beschloß am 20.1., die Kreuzungen Koksheide und Heideweg mit der Heerstraße einzuschnüren/aufzupflastern, von der gesamten Heerstraße beidseitig einen Radweg durch Nagelreihen abzutrennen, die Vorfahrtsberechtigung der Dorfstraße abzuändern, und im Bereich Nordstr. einen eigenen verkehrsberuhigten Bereich auszuweisen.

Mit den ca. 20.000 DM, die durch den einstweiligen Verzicht auf den Ausbau der Kreuzung Heerstr./Sandstr. gespart wurden, sollen Kreuzungen im gesamten Gebiet, insbesondere auch Rotdorn-/Weißdornstraße mit Hilfe von Blumenkübeln etc. eingeschnürt werden. Diese Maßnahme hätte allerdings auch schon vor einem Jahr beschlossen werden können. Damals hatte die Verwaltung ein recht gutes Gesamtkonzept zur "Möblie-



rung" der Straßen vorgelegt. Diese Gesamtaussage fehlt dem neuen Beschluß. Es wird im Grunde nur der Anfangspunkt gesetzt für eine Zeit des Probierens. Es haben aber alle zugestimmt, auch CDU-Ratsherr Rohling, der sich vor zwei Jahren noch gegen jede Verkehrsberuhigung aussprach mit den Worten: "Stellt die Stadt einen Blumenkübel auf,

fahr ich ihm um und die Stadt bezahlt mir den Schaden". Nach dem letzten Stand der Diskussion will die CDU die Bürger zu den Kosten der Maßnahmen mit 60% veranlagten. Die UWG hat sich dagegen ausgesprochen, da es hier vor allem um das Problem des Durchgangsverkehrs geht. Eine Entscheidung steht noch aus.

FÜR MEHR BÜRGERNÄHE

Das neue Bürgernäheprogramm der UWG ist fertiggestellt und verabschiedet (von der UWG erstmal - versteht sich). Enthalten sind darin verschiedene Vorschläge, wie es den Bürgern erleichtert werden könnte, am kommunalen Geschehen aktiv teilzuhaben und seine Angelegenheiten im Rathaus befriedigend und zügig zu erledigen: Einrichtung von Verwaltungsstellen in den Stadtteilen. Abhaltung der Rats- und Ausschusssitzungen wie auch der Bürgeranhörungen zu Bebauungsplänen in den verschiedenen Stadtteilen, Öffnung der öff. Sitzungsvorlagen und -niederschriften für die Bürger, Einführung einer Bürgerfragemöglichkeit, schriftliche Information der betroffenen Bürger/Grundeigentümer in Bebauungsangelegenheiten, Bürgermeister-sprechstunde. "Kummerkasten" im Rathaus u.a. Die UWG wird diese und weitere Anträge dem Rat schriftlich zur Verabschiedung vorlegen.

WUßTEN SIE SCHON, DAß ...

- ...die Entscheidung über die Verkehrsberuhigung Oesede-Mitte nicht vor Frühjahr 1985 fallen wird?
- ...ein Antrag auf einstweiligen Stop der Bauarbeiten am Teckelhagen vor dem OVG Lüneburg gescheitert ist und nun das Hauptverfahren vorbereitet wird?
- ...bei einer Untersuchung von Gmhütter Düteschlamm die Werte von Blei 1800%, Cadmium 500% und Zink 1200% über den Grenzwerten der Klärschlammverordnung lagen?
- ...Kreise aus der Umweltbewegung eine eigene Sparkassenkette ("Ökobank") gründen wollen?
- ...Bürgermeister Siepel-meyer darum gebeten hat, an dieser Stelle bekanntzugeben, daß der Rats-herr Bartelt von ihm "keine sachliche Antwort mehr" bekomme?